

1 **Juso-Arbeitsgemeinschaft des Stadtbezirks Dortmund Hörde**

2
3 Antrag:

4
5 Der SPD-Stadtbezirksvorstand möge beschließen:

6
7 Die SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages möge beschließen, ein
8 Gesetzesinitiativverfahren hinsichtlich der Einführung eines geeigneten
9 Mindestenergieeffizienzwertes für elektrische Leuchtmittel zu führen um dadurch im Rahmen
10 der umfassenden Klimaschutzvorhaben und des geplanten Gesetzespaketes zur
11 Klimaschutzbeschleunigung die CO₂-Emission bundesweit nachhaltig zu reduzieren. Um eine
12 Wirtschafts- und Sozialverträglichkeit zu gewährleisten soll eine Übergangsfrist bis zum Jahr
13 2015 ergehen.

14
15 Begründung:

16 Die Australische Regierung hat im Februar dieses Jahres das mittelfristige Verbot
17 konventioneller Leuchtmittel durch Einführung eines Mindestenergieeffizienzwertes
18 beschlossen. Als alleiniger Beitrag zum notwendigen Klimaschutz ist dies zwar unzureichend,
19 als Einzelmaßnahme in der Bundesrepublik, die eingebunden in europäische
20 Klimaschutzprogramme und den Vertrag von Kyoto einen umfassenden Beitrag zur
21 Treibhausgasemissionsvermeidung zu leisten hat, jedoch sinnvoll. Alleine durch Steigerung
22 der Energieeffizienz lassen sich in der Bundesrepublik bis zu 40% der CO₂-Emissionen
23 einsparen. Energiesparlampen und Leuchtmittel, welche die LED-Technologie nutzen, haben,
24 bei einer mit konventionellen Leuchtmitteln identischer Leuchtleistung, einen bis zu 90%
25 geringeren Stromverbrauch.

26 Ein Mindestenergieeffizienzwert für Leuchtmittel mit einer mehrjährigen Übergangsfrist bis
27 etwa 2015 ist vom Kostenfaktor der Umrüstung sowohl Industrie und Gewerbe, als auch den
28 Privathaushalten zuzumuten. Auch ist eine Anpassung der Produktion in diesem Zeitrahmen
29 möglich.

30 Darüber hinaus ergeben sich positive Effekte für in Deutschland – wie auch speziell in
31 Dortmund-Hörde – ansässige Unternehmen der beteiligten Technologiesparten, so dass diese
32 Maßnahme ein Beitrag dazu wäre, die Bundesrepublik mittelfristig als Standort für innovative
33 Umwelttechnologie zu etablieren.

34 Auch ist der Signalwert einer solchen Maßnahme in der Bevölkerung erheblich, stärkte sie
35 doch das Bewusstsein einer individuellen Mitverantwortung jedes Einzelnen für die Belange
36 des globalen Umweltschutzes.

37
38 Die Zuständigkeit des Deutschen Bundestages für ein solches Gesetz ergibt sich aus Art. 74 I
39 Nr. 11 GG.

40
41
42 F.d.R.

43 Sebastian Kopietz (16.6.2007)